

# Wahlnachlese Bundestagswahl 2025 im Regierungsbezirk Köln



## Einleitung

Am 23. Februar 2025 wurde der 21. Deutsche Bundestag im Rahmen vorgezogener Neuwahlen gewählt. Insgesamt traten 29 Parteien an, davon waren in NRW 18 mit Landeslisten wählbar. Auch extrem rechte, rechtspopulistische und rechtsoffene Parteien warben um Stimmen. Deren Auftreten und Abschneiden hat die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln (MBR Köln) – wie schon bei vorhergehenden Wahlen – beispielhaft dokumentiert und für die vorliegende Wahlnachlese aufbereitet.<sup>1</sup>

Auftrag Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus ist es, engagierte Menschen, Vereine und Verbände, Initiativen und Netzwerke, Bildungseinrichtungen, Politik und Verwaltung mit dem Ziel zu unterstützen, eine menschenrechtsorientierte demokratische Kultur zu stärken. Die Berater\*innen der Mobilen Beratung vermitteln Informationen und Expertise auf der Basis von Recherche- und Analysearbeit. Daher gehört die Dokumentation von Strukturen, Entwicklungen und Veränderungsprozessen der verschiedenen Spektren der traditionellen und modernisierten Rechten im Regierungsbezirk Köln (RB Köln) zu den Kernaufgaben der MBR Köln. Bundesweit verwenden Teams der Mobilen Beratung den Begriff „Rechtsextremismus“ – unter Bezugnahme auf eine der am häufigsten in der Praxis verwendeten sozialwissenschaftlichen Definition, sowie auf eine verschiedene Forschungsperspektiven verbindende Konsensdefinition (vgl. Decker, Brähler 2006, 20f.) – als „Sammelbegriff für antimoderne Einstellungen, Handlungen und unterschiedliche politische Strömungen, deren verbindendes Element Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind und die nach

---

<sup>1</sup> Andere Kreiswahlvorschläge bzw. Einzelbewerber\*innen wurden in der Nachlese nicht berücksichtigt.

ethnischer Homogenität von Völkern streben.“ (Bundesverband Mobile Beratung 2024, 20)

Bei diesem Verständnis von Rechtsextremismus wird der ideologische Gehalt des Phänomens fokussiert. Zentrale Ideologieelemente der extremen Rechten sind unter anderem Rassismus und Antisemitismus in ihren verschiedensten Ausprägungen, Chauvinismus, Nationalismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Antifeminismus und die Befürwortung autoritärer Herrschaftsformen. Diese Ungleichwertigkeitsvorstellungen finden sich in unterschiedlicher Intensität vornehmlich in Parteien wie der AfD, lassen sich aber auch in Versatzstücken bei Wähler\*innen anderer Parteien nachweisen, die nicht Gegenstand dieser Wahlnachlese sind. (vgl. Zick, Mokros 2023, 73) So scheint sich das Demokratieverständnis in den letzten Jahren „von den Eigenschaften der Freiheit, politischen Gleichheit und politischen Kontrolle stärker zu autokratischen Elementen der zentrierten Entscheidungsfindung, der Kontrolle der Bürger und der Einschränkung des pluralistischen Parteiensystems zu verschieben. Ein starker Führer, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert, eine Diktatur im nationalen Interesse oder eine einzige starke Partei, welche die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert, erscheinen mehr Menschen als sinnvolle Ergänzung oder Alternative zur Demokratie.“ (Pickel, Celik, Decker 2024, 185-186)

Die vorliegende Wahlnachlese der MBR Köln versteht sich nicht als eine gegen nur eine Partei gerichtete Veröffentlichung. Auch lassen sich aus ihr explizit keine Empfehlungen für künftige Wahlen ableiten. Vielmehr werden diejenigen Parteien eingeordnet, die tendenziell eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben der bundesrepublikanischen Migrationsgesellschaft darstellen können.

Frida Volkmar, Helena Moths und Julia Wilke für die MBR Köln, März 2025

## **Alternative für Deutschland**

Die 2013 gegründete *Alternative für Deutschland* (AfD) zog erstmals 2017 als drittstärkste Partei mit 12,7 Prozent in den Bundestag ein, bei der Bundestagswahl 2021 gaben ihr 10,4 Prozent der Wähler\*innen ihre Stimme. Dass sie diese Ergebnisse würde steigern können, deutete sich bereits bei der Europawahl 2024 an, wo die Partei 15,9 Prozent erreichte und damit zweitstärkste Kraft wurde. Bei den Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg erreichte die AfD jeweils knapp 30 Prozent. Hier wurde offenkundig, dass der AfD die fortführende Radikalisierung in den letzten Jahren nicht geschadet hat. Viele Menschen fühlen sich von ihrer Programmatik und ihrem Stil angesprochen und wählen diese Partei offenbar nicht trotz, sondern wegen ihres radikalen und aggressiven Auftretens. (vgl. Hövermann 2023, 41 f.)

### *Inhalte und Programm*

In der Politikwissenschaft wird die AfD programmatisch als „rechtspopulistisch und in Teilen rechtsradikal, völkisch-nationalistisch und rassistisch“ (Dinnebier 2025) beschrieben. Einordnungen von Äußerungen der Partei in das Spektrum der extremen Rechten finden sich in zahlreichen Studien und weiteren Veröffentlichungen zur AfD. (vgl. bspw. Institut für Öffentliches Recht 2024) Dabei hat der Hass konkrete Auswirkungen, die sich nicht nur in einer Vergiftung des politischen Klimas und der demokratischen Debattenkultur äußern, sondern auch in Einschüchterung, Bedrohung bis hin zu Gewalt gegen Menschen of Color, Politiker\*innen oder Aktivist\*innen. (vgl. Leber et al 2024) Dafür lassen sich auch Beispiele im Regierungsbezirk Köln finden: So machte die Klima-Aktivistin und *GRÜNEN*-Politikerin Luisa Neubauer ein Drohungs-Video öffentlich, das ein Mitglied der Bonner AfD ihr geschickt hatte. (vgl. Baumann 2025)

Zur Bundestagswahl trat die Partei mit dem Slogan „Zeit für Deutschland“ an, mit dem sie auch ihr Programm bewarb. Damit inszenierte sie sich als einzige Kraft, die sich dafür einsetze, dass „Deutsche frei und sicher im eigenen Land leben“ (afd.de 2025) könnten. Mit dem Versprechen eines „neuen Wirtschaftswunders“ statt „Verboten“ und „unsinniger Bürokratie“ sowie der Behauptung, dass der Wohlstand „für Migranten aus aller Welt oder für unsinnige Klima-Maßnahmen“ (ebd.) geopfert werde, suggeriert die Partei eine

Rückkehr zu einem vermeintlich sicheren „heartland“, d.h. sie entwirft eine für den rechtsextremen Populismus typische „rückwärtsgewandte Utopie einer idealen Welt“.  
(Priester 2012, 5)

Die Gemeinschaft, der bei der AfD „ein völkisch-abstammungsmäßig geprägtes Volksverständnis“ zugrunde liegt, das „im Widerspruch zum Volksverständnis des Grundgesetzes steht“ (BMI 2024), wird in dieser Vorstellung von zwei Ebenen bedroht: Zum einen von einem „Außen“ durch Zuwanderung und zum anderen von einem „Oben“ durch eine vermeintlich „abgehobene Elite“. Diese vertikalen und horizontalen Feindkonstellationen wurden auch im Wahlkampf immer wieder zum Ausdruck gebracht. So wurde Zuwanderung in erster Linie als Bedrohung, eine liberale Migrationspolitik als Versagen der Altparteien gezeichnet. Eine der Kernforderungen für die Bundestagswahl war „Rückführungen im großen Stil zu organisieren.“ (afd.de 2025)

Dafür nutzt die AfD schon lange den Begriff der „Remigration“.<sup>2</sup> Obwohl die dahinter stehende menschenverachtende Idee einer massenhaften Abschiebung von Menschen mit Zuwanderungsbiographie vielfache Proteste auslöste, gab das Schlagwort der *Identitären Bewegung*, das 2023 zum Unwort des Jahres gewählt wurde, die offizielle Richtung für den Wahlkampf 2025 vor (vgl. Schmitt 2025) – auch im RB Köln: Beispielsweise richtete sich Direktkandidat Wolfgang Truckenbrodt aus Bonn mit dem Wahlversprechen, „Remigration energisch voranzutreiben“ (AfD Bonn 2025) in Form einer Videobotschaft auf Instagram an die Öffentlichkeit. Bezeichnend scheint zu sein, dass sich im RB Köln vergleichsweise wenige Scharfmacher\*innen finden, die offensiv Remigration zur Bewahrung der „Interessen der autochthonen Bevölkerung“ (Björn Höcke 2018 in seinem Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“, zit. nach Cremer 2023, 46) fordern. Vielmehr gibt man sich seriös. Direktkandidat Jeremy Jason aus dem Rhein-Erft Kreis relativierte den rassistischen Kern des Vorhabens, indem er beteuerte, Remigration bedeute lediglich,

---

<sup>2</sup> Schon in ihrer Rede zur Europawahlversammlung der AfD im Juli 2023 forderte Irmhild Boßdorf (Rhein-Sieg-Kreis) eine „millionenfache Remigration“. Nachdem Anfang 2024 bekannt geworden war, dass bei einem „Geheimtreffen“ in Potsdam im November 2023 unter Teilnahme von AfD-Mitgliedern das Thema „Remigration“ erörtert worden war, gab es bundesweite Empörung und zahlreiche Demonstrationen gegen Rechts. AfD-Funktionäre wie das ehemalige Mitglied des Kölner Rates und ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestags, Roger Beckamp (Rhein-Sieg-Kreis), hielten trotzdem weiterhin das Konzept „Remigration bewusst in der Öffentlichkeit hoch – Beckamp beispielsweise als Redner einer Veranstaltung in Eitorf am 23. Januar 2024.

geltendes Recht umzusetzen. Man grenze ein, nicht aus. (vgl. Odenthal 2025) Bernd Rummler, Direktkandidat aus dem Oberbergischen Kreis stellte in einem Interview klar, dass Remigration ja auch freiwillig sein könne. (vgl. Thies 2025)

Grundsätzlich aber zog sich das rassistische Narrativ der Bedrohung durch Einwanderung, durch die Äußerungen der AfD-Akteure im Wahlkampf: Die AfD Hückeswagen (Oberbergischer Kreis) forderte auf Facebook: „Die Versorgung von Asylbewerbern muss von Geld- auf Sachleistungen umgestellt werden; Sozialleistungen für Nicht-Aufenthaltsberechtigte sind zu streichen und Rückführungen im großen Stil zu organisieren.“ (AfD Hückeswagen 2025)

Zu den Bedrohungsszenarien gehören ebenso die Deutungen der Anschläge wie in Magdeburg. Auch wenn der Täter sich als militanter Islamkritiker, der sein Heil in der AfD suchte, verortete, sah der Rodenkirchener Stadtverband der Kölner AfD die Ursache in einer verfehlten Migrationspolitik: „Unschuldige werden getötet, weil die Regierungsparteien ihre Mörder ins Land holen – mutwillig und ohne Not“, so die Partei auf Instagram. (AfD Köln Rodenkirchen 2025)

Auch andere Straftaten werden vornehmlich einem „Außen“ zugeschrieben und das Bild des gefährlichen Fremden gezeichnet. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn es um sexuelle Gewalt geht: „Für meine Tochter will ich dafür kämpfen, dass wir Frauen nicht weiter den Blutzoll für diese verbrecherische Migrationspolitik zahlen müssen“ (AfD NRW 2025a), schrieb Anna Rathert, Direktkandidatin der AfD Recklinghausen und die einzige Frau auf der NRW-Landesliste.

Im Wahlkampf griff die AfD weitere extrem rechte Themen- und Kampagnenfelder auf, die in autoritär-populistischer, meist ethnisierender Rhetorik, besetzt wurden. Dazu zählten neben der Migrationspolitik auch Klima- oder Familienpolitik und Geschlechtergerechtigkeit. Generell spricht sich die AfD für die Rückkehr zur Kernenergie und die Nutzung klimaschädlicher Brennstoffe wie Öl, Gas und Kohle aus. Diese Forderung findet sich in vielen Gliederungen der AfD wieder, beispielsweise als Teil des Wahlversprechens für die Stärkung von Unternehmen und Schaffung von Arbeitsplätzen in einem Post der AfD Oberberg auf Facebook. (AfD Oberberg 2025) Darüber hinaus verbreitet die AfD gezielt verschwörungsideologische Narrative und stellt den

menschengemachten Klimawandel in Frage. So schrieb die AfD-Bonn auf Facebook: „Der Klimawandel ist ein perfektes Geschäftsmodell für eine selbsternannte Elite, die unsere Lebensweise komplett kontrollieren will.“ (AfD Bonn 2024)

Geschlechtergerechtigkeit wird von der AfD angegriffen und genutzt, um sich als Verteidigerin traditioneller Werte zu inszenieren. Mit bewusst abwertenden Formulierungen wird geschlechtergerechte Sprache als übertriebene und unsinnige Maßnahme dargestellt. Auf Instagram schrieb der Stadtverband Rodenkirchen der Kölner AfD: „Deutschland, das Land der Dichter und Denker, hat über Jahrtausende eine Sprache geschaffen, die das freie Denken fördert – und jetzt sollen wir sie mit Sternchen, Doppelpunkten und Binnen-Is zerstören?“ (AfD Köln Rodenkirchen 2024). Das Motiv dieser und ähnlicher Aussagen leitet sich unter anderem aus einer Familienpolitik ab, die auf eine „Steigerung der Geburtenrate durch finanzielle Anreize für traditionelle Familienmodelle und Rollenbilder“ (Dinnebier 2025) abzielt. So heißt es im Programm zur Bundestagswahl: „Die Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, ist die Keimzelle der Gesellschaft.“ (AfD 2025, 144) Durch „Trans-Gender-Hype“ und „Frühsexualisierung“ werde der Zusammenhalt in den Familien gefährdet. Dabei kommt aber nicht nur der traditionalistische und queerfeindliche, sondern auch der völkische Charakter zum Ausdruck: „Kinder stehen sowohl für eine sich stetig ändernde Zukunft als auch für die Weitergabe der eigenen Kultur.“ (ebd., 145) Gesellschaft wird als eine homogene ethnische Einheit („das Volk“) konzipiert. Die Zugehörigkeit zum „deutschen Volk“ wird für die AfD über national gedachte kulturelle Kriterien definiert.

Eine queerfeindliche Rhetorik prägte die Kampagne einzelner Kandidat\*innen der AfD. So äußerte sich Tobias Ebenberger (AfD Rhein-Sieg), nun Bundestagsmitglied, bei seiner Kandidatur für die NRW-Landesliste mehrfach queer- und insbesondere transfeindlich. Exemplarisch aufgeführt sei an dieser Stelle seine Forderung nach der „Freiheit“, Transfrauen als „Männer in Frauenklamotten“ zu bezeichnen, „ohne dass eine radikale Regenbogenminderheit mich bei der Staatsanwaltschaft anschießt [...]. Dieser Hype um Homos, Transen und Verwirrte, die nicht wissen, wer sie sind, stößt mich nur noch ab.“ (Ebenberger 2025) Er lebe zwar selbst in einer Partnerschaft mit einem Mann, Sexualität und Gender-Diskurse seien seiner Ansicht nach jedoch Privatsache. Diskussionen über

Gleichberechtigung sollten demnach nicht öffentlich geführt werden. So möchte Ebenberger mit der Benennung seiner eigenen Homosexualität und unter Bezug seines persönlichen Umgangs mit dieser, die Positionen seiner Partei legitimieren.

Ganz allgemein bedient sich die AfD einer populistischen Kommunikationsstrategie, die geprägt ist von Skandalisierung und Polarisierung und weniger vom Angebot konkreter demokratischer und auf Beteiligung und Kompromiss ausgerichteter Handlungsoptionen. Der politische Gegner wird dabei immer wieder als „Volksverräter“ dargestellt, dessen Ziel die Zerstörung des Landes sei. So sagte Fabian Jacobi, AfD Köln und Mitglied des alten und auch des neuen Bundestags, auf dem NRW-Parteitag in Marl im Januar 2025: „Diese CDU [...] will nur das Kanzleramt und dazu ist sie bereit nach der Wahl zusammen mit der SPD oder mit den Grünen, oder gleich mit beiden, die Zerstörung unseres Landes fortzusetzen.“ (AfD NRW 2025b)

### *Wahlkampf*

Die AfD im Regierungsbezirk Köln betrieb in unterschiedlicher Intensität auf der Straße und auf verschiedenen Social-Media-Plattformen Wahlkampf. Inhaltlich wurde sich stets an der Bundespartei orientiert. Die AfD Rhein-Sieg beispielsweise repostete hauptsächlich Beiträge der Bundes- oder Landespartei. Lokale Themen fanden sich weniger, auch zu Wahlständen vor Ort wurde nicht berichtet.

Im Gegensatz dazu war die AfD Rhein-Erft deutlich breiter aufgestellt, online wie auch auf der Straße. Auf ihren Facebook- sowie TikTok-Accounts zeigten die Mitglieder ihre Wahlstände, die jedes Wochenende an mehreren Standorten vertreten waren. Außerdem dokumentierten sie auch das Aufhängen und insbesondere die Erneuerung von zuvor zerstörten Wahlplakaten. Diese Postings wurden mit heroischer Musik untermalt.

Auch die AfD Aachen inszenierte sich als Opfer von Gegenprotesten. An einem Wahlstand im Februar hatten Gegenprotestierende Kurzprogramme der AfD zerrissen. Die Fraktion sprach darauf in einem Facebook-Posting von einer „staatlich organisierten Bücherverbrennung aus vergangenen Tagen“ (AfD Fraktion Aachen 2025). Eindeutig eine Verharmlosung der NS-Verbrechen.

Ebenso präsentierte die AfD Bonn auf Instagram ihre Wahlstände. Dabei zeigte sich vor allem Gerald Christ, Sprecher des Kreisverband Bonn und stellvertretender Vorsitzender der (ehemaligen) *Jungen Alternative NRW*. Er schrieb zu einem seiner Videos: „Wir sagen: Unsere Stadt braucht nicht noch mehr Asylzuwanderung. Anstatt neue Flüchtlingsheime zu bauen, sollte die Stadt alle vollziehbar Ausreisepflichtigen schnellstmöglich abschieben.“ und postet dazu „#Remigration“. (AfD KV Bonn 2024)

Außerdem fanden diverse Wahlkampfveranstaltungen im RB-Köln statt, unter anderem in Euskirchen, Eschweiler oder der Kreisparteitag der AfD in Köln-Chorweiler, einer der Hochburgen der AfD in Köln (auch bei der Bundestagswahl). Zudem hatte die AfD in Köln flächendeckend Wahlstände in der Innenstadt, Mülheim, Kalk, Merheim und vor allem in Chorweiler und Porz. Wahlplakate waren im Wahlkampf ebenfalls flächendeckend in Köln zu sehen. (AfDwatch Köln 2025) Auf Social Media war besonders der Stadtbezirksverband Kalk der Kölner AfD aktiv.

Anfang Februar warb ein Großspender aus Österreich, der ehemalige FPÖ-Landesgeschäftsführer Gerhard Dingler, mit eigenen Plakaten in einem Sachspendenwert von 2,3 Millionen Euro für die AfD. So tauchten auch im Kölner Stadtbild vermehrt gelbe Plakate mit dem Schriftzug „Weiter Asyl-Betrug?“ und „Weiter Arbeitsplätze vernichten?“ auf Werbetafeln einer Kölner Firma auf. (vgl. Bornemann 2025) Darunter wurde zur Wahl der „AFD“ – in Großbuchstaben – aufgerufen. Die Parteispende war mutmaßlich illegal, so dass der Bundestag nun ein Prüfverfahren gegen die AfD wegen des Verdachts der verdeckten Parteienfinanzierung eingeleitet hat. (vgl. Lobby Control 2025)

Ebenfalls besonders aktiv war die AfD Oberberg mit vermehrten Wahlständen in Wipperfürth und Hückeswagen, sowie Bürgerdialogen und Podiumsdiskussionen in Gummersbach. Innerhalb des Wahlkreises schneidet die AfD besonders in Waldbröl mit einem Ergebnis von 30,8 Prozent weit über Durchschnitt ab. Die Gründe sind unter anderem in der guten Verankerung der Partei vor Ort zu finden. Dazu schreibt das Bündnis *Oberberg ist Bunt, nicht braun*: „Hierbei ist der AfD-(Ex-)Bundestagsabgeordnete Eugen Schmidt, der in den Oberbergischen Kreis gezogen ist, besonders aktiv. Mit seinem ‚Arbeitskreis Russlanddeutsche für die AfD‘ versucht er, die Menschen im Oberbergischen zu spalten, indem er eine Gruppe Zugewanderter gegen

andere ausspielt.“ (Oberberg ist Bunt 2025, 2). Vor Ort weniger präsent war jedoch die Jugendorganisation *Junge Alternative*. Nachdem sich einzelne Mitglieder der *Jungen Alternative* BV Köln im Sommer 2024 noch am Wahlkampf in Ostdeutschland beteiligt hatten (vgl. Boßdorf 2024), war sie im Bundestagswahlkampf im RB Köln auffällig zurück. Die JA löste sich auf ihrem Bundeskongress am 1. Februar 2025 symbolisch auf. (vgl. tagesschau.de 2025).

Exemplarisch zeigen die beschriebenen Parteiaktivitäten der Kreise im Regierungsbezirk Köln, dass die AfD unterschiedlich intensiven Wahlkampf führt. Während einige Kreisverbände eine Online-Strategie verfolgten und zusätzlich Wahlstände dokumentierten, beschränkten sich andere auf das Reposten zentraler Parteiinhalte und privater Nutzer, die der AfD ideologisch nahestehen. Konkrete lokale Themen wurden von den Kreis- und Stadtverbänden nicht bearbeitet. Im Kreis Düren zeigte der dortige Kreisverband überhaupt nur sehr wenig Aktivität auf Social-Media-Plattformen – und trotzdem erzielte die AfD in drei Orten hohe Wahlergebnisse, die über dem Bundesdurchschnitt liegen. Das unterstützt die These, dass es keinen kausalen Zusammenhang zwischen Aktivitäten lokaler Akteure und Wahlergebnis gibt, sondern dass Zustimmung zu einer extrem rechten Partei eher in „allgemeinen Ursachen“ von Demokratieabstinenz liegt.

Sehr wohl eine Rolle jedoch spielte die mediale Präsenz einzelner AfD-Politiker\*innen auf Bundesebene. Eine Studie des Leibniz-Instituts für Medienforschung kommt zu dem Ergebnis, dass auf Bundesebene insbesondere Alice Weidel mit Blick auf die Berichterstattung deutlich von der Wahlwerbung Musks profitierte und sich der Wirkung von Provokation als Mittel zum politischen Agenda Setting durchaus bewusst ist. So sei alleine die mediale Sichtbarkeit entscheidend „[...] für die Bewertung des Erfolgs dieser Strategie [...]. Der Wahrheitsgehalt der eigenen Äußerungen und die Frage, ob eine eher positive oder eher negative öffentliche Berichterstattung über die Äußerungen erfolgt, spielen im Zweifelsfall keine wesentliche Rolle.“ (Rau 2025) Diese Form des Agenda Settings lässt sich als ständige Überforderung des öffentlichen Meinungsbildungsprozesses beschreiben. Gängige Diskurspraktiken werden durch die

häufig plumpen und wenig aussagekräftigen Provokationen unterminiert, indem ein Diskurs zu anderen politischen Themen und eine Auseinandersetzung mit diesen, zur politischen Willensbildung verhindert wird. (vgl. ebd.)

Zudem profitierte die AfD davon, dass das Thema Migration andere Themen überlagerte. Teilweise konnten sich dabei Narrative der AfD in der Öffentlichkeit verbreiten, indem demokratische Akteur\*innen und Medien mit einer „Rhetorik des Untergangs“ die Debatte befeuerten. Die Strategie, damit Wähler\*innen der extremen Rechten zurückzugewinnen wird jedoch kontrovers diskutiert und vielfach hinterfragt. (vgl. bspw. Abou-Chadi 2025, Gumbrecht 2025)

Neben den genannten Wahlkampfaktivitäten versuchte die AfD auch, ihren Einfluss auf öffentliche Institutionen auszuweiten. Besonders deutlich wurde dies im schulischen Bereich: Um extrem rechten und demokratiefeindlichen Positionen (wie oben beschrieben) keine Plattform zu geben, sahen einige Schulen davon ab, Vertreter\*innen der AfD zu Podiumsdiskussionen in den Schulen einzuladen. Dies veranlasste die Partei dazu, massiven Druck auf Schulleitungen und Lehrkräfte in Köln auszuüben und so für Unsicherheiten im Umgang mit politischen Positionen zu sorgen, die den Menschenrechten und dem Grundgesetz entgegenstehen. Die AfD wendete sich unter Bezug auf das Gleichbehandlungsgebot an die Bezirksregierung und stellte Dienstaufsichtsbeschwerden. Damit wird ein Eindruck vermittelt, dass es die Pflicht von Lehrkräften sei, sich gegenüber extrem rechten und diskriminierenden Positionen „neutral“ zu verhalten und sich diesen nicht entgegenzustellen. (vgl. Ringendahl 2025)

Auch Mitarbeiter\*innen des Ministeriums für Schule und Bildung NRW betonen: "Natürlich bin ich als Lehrkraft zurückhaltend [...] Aber wenn jetzt jemand die Menschenwürde infrage stellt oder im Prinzip abwertet oder ein Grundrecht für außer Kraft zu setzen erklärt, dann muss ich klar Meinung beziehen und Position beziehen. Und das heißt, da kann ich keine neutrale Haltung zu den Grundwerten der Demokratie entsprechend einnehmen." (Nachgefragt – Der MSB Podcast)

## **Weitere Parteien**

Zur Bundestagswahl 2025 traten auch Parteien an, die nicht explizit dem extrem rechten Spektrum zuzuordnen sind, die jedoch in Teilen Überschneidungen zu rechten Ideologieelementen aufweisen. Teilweise entwickeln sie Aktivitäten im RB Köln, teilweise sind sie auf lokaler Ebene kaum existent.

## **Basisdemokratische Partei Deutschland (die Basis)**

Die *Basisdemokratische Partei Deutschland* (dieBasis) ist eine im Juli 2020 gegründete Kleinstpartei. Sie gründete sich im Rahmen der Proteste gegen die Schutzmaßnahmen zur COVID-19 Pandemie und gilt daher auch als „Querdenker-Partei“ mit einer Nähe zu Verschwörungsideologie. (vgl. Abasi 2021) Sie trat 2021 zur Bundestagswahl, zu verschiedenen nachfolgenden Landtagswahlen sowie zur Europawahl 2024 an. Ein Einzug in die Parlamente gelang der Partei allerdings nicht.

In ihrem Bundestagswahlprogramm fordert dieBasis den Ausbau der Bürgerbeteiligung, mehr „direkte Demokratie“ und betont die Relevanz von Volksentscheiden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Gesundheitspolitik, so wird u.a. die Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen verlangt (vgl. dieBasis Wahlprogramm 2025). dieBasis nutzte auch im Regierungsbezirk Köln für ihren Wahlkampf hauptsächlich Wahlplakate im öffentlichen Raum und warb neben anderen Plattformen über ihren NRW-weiten Kanal auf Telegram um Wähler\*innenstimmen.

## **Bündnis Deutschland**

*Bündnis Deutschland* ist eine im November 2022 gegründete Kleinstpartei unter dem Vorsitz des ehemaligen Freie-Wähler-Politiker Steffen Große. Inhaltlich kann das „Bündnis Deutschland“ zwischen Union und AfD verortet werden (vgl. Bieder 2025). In ihrem Bundestagswahlprogramm „Freiheit. Wohlstand. Sicherheit. Freiheit wählen, Zukunft gestalten!“ positioniert sich *Bündnis Deutschland* rechtskonservativ und wirtschaftsliberal. Schwerpunkte setzt die Partei dabei beim „Abbau von behördenübergreifenden Regulierungen“ (Bürokratieabbau), der Verschärfung des

Asylrechts und der wirtschaftlichen Stärkung des Mittelstands. Sie positioniert sich gegen ein Selbstbestimmungsgesetz und für „traditionelle Familienmodelle“. Außerdem fordert sie die Abschaffung des Mindestlohns. (vgl. Bündnis Deutschland 2025)

Die Kandidaten waren im Wahlkampf in einigen lokalen Radio- und Zeitungsinterviews<sup>3</sup> sichtbar. Auch war die Partei in den sozialen Netzwerken unter anderem auch auf Instagram und X aktiv. Die durch ihre Teilnahme am so genannten Potsdamer Geheimtreffen bekannt gewordene Simone B. aus Engelskirchen (Oberbergischer Kreis) ist inzwischen Mitglied beim *Bündnis Deutschland*.

### **WerteUnion**

Die *WerteUnion* ist eine im Februar 2024 gegründete Kleinpartei, die aus dem 2017 gegründeten Werteunion e.V. hervorgegangen ist, der versucht hatte – auch im RB Köln – auf die CDU Einfluss zu nehmen. Die Partei beschreibt sich selbst als „[...] freiheitlich-konservative Partei, die für eine Politik von Maß und Mitte steht.“ (WerteUnion o.J.)

Den Parteivorsitz bildet Hans-Georg Maßen, ehemaliger CDU-Politiker und früherer Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (von dem er später als „rechtsextremes Beobachtungsprojekt“ eingestuft wurde). Das CDU-Präsidium distanzierte sich von ihm, da er „immer wieder die Sprache aus dem Milieu der Antisemiten und Verschwörungsideologen bis hin zu völkischen Ausdrucksweisen [gebrauche]“ (CDU 2023).

In ihrem Parteiprogramm will die *WerteUnion*, die zwischen CDU und AfD zu verorten ist, den „Menschen und Unternehmen in Deutschland die Selbstbestimmtheit wiedergeben, die für ein Leben in Freiheit und Verantwortung und für erfolgreiches Wirtschaften erforderlich ist“, verspricht die „millionenfache Ansiedlung von Ausländern unter ideologisch motivierter Aufweichung des Asylrechts“, den „Missbrauch des Einbürgerungsrechts“ sowie die „Instrumentalisierung der EU für marktfremde Zwecke [wie] Nachhaltigkeitsziele“ zu beenden. (WerteUnion o.J.) Ein Bundestagswahlprogramm

---

<sup>3</sup> Bspw. mit dem ehemaligen AfD-Mitglied Markus Hausmann für den im Januar 2024 gegründeten Kreisverband Rhein-Erft.

hat die *WerteUnion* nicht veröffentlicht, zur Bundestagswahl trat sie ausschließlich in NRW an.

### **Bündnis C – Christen für Deutschland**

Das *Bündnis C* gründete sich im Frühjahr 2015 durch den Zusammenschluss der christlich-fundamentalistischen Parteien *Bibeltreuer Christen* und *AUF – Partei für Arbeit, Umwelt und Familie – Christen für Deutschland*. Die Partei fühlt sich den christlichen Grundsätzen verpflichtet und richtet sich nach einem biblischen Menschenbild aus. Obwohl Bündnis C einen Landesverband in NRW hat, war die Partei ausschließlich in Baden-Württemberg wählbar.

### **Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)**

Die Kleinpartei BüSo ging 1992 aus den *Patrioten für Deutschland* hervor. Sie lehnt u.a. den menschengemachten Klimawandel als Schwindel ab, setzt sich für ein „Europa souveräner Republiken“ ein und will die „Zusammenarbeit mit Russland stärken“ (BüSo o.J.). Für die Bundestagswahl hatte BüSo kein eigenes Wahlprogramm veröffentlicht, sie war ebenfalls in NRW nicht wählbar.

### **Die neue Mitte**

DIE NEUE MITTE ist eine 2013 gegründete Kleinpartei unter dem Vorsitz von Christoph Hörstel, der als Verschwörungsideologe gilt (vgl. Greef 2023). Die Partei fordert in ihrem Programm die „ethische Politik im Sinne der Bewahrung der Schöpfung“. Dabei sollen „Migranten ohne Integrationsbereitschaft“ zügig zurückgewiesen werden. (DIE NEUE MITTE 2023) Zur Bundestagswahl war DIE NEUE MITTE nicht in NRW wählbar.

Im Regierungsbezirk Köln gibt es weitere Parteien, die eindeutig dem extrem rechten Spektrum zuzuordnen sind, jedoch nicht zur Bundestagswahl 2025 antraten.

### **Die Heimat**

*Die Heimat* ist die Nachfolgepartei der 1964 gegründeten NPD. 2023 fusionierte sie mit der ebenso neonazistischen *Die Rechte* zu *Die Heimat*. *Die Heimat* entschied sich gegen einen flächendeckenden Antritt zur Bundestagswahl, sie begründete dies u.a. mit dem Scheitern des Parlamentarismus allgemein und mit Benachteiligung durch die mediale Berichterstattung. Sie wolle sich nicht dazu verleiten lassen, ihre „Ressourcen im wettbewerbsverzerrenden Umfeld quasi wirkungslos versiegen zu lassen.“ (Die Heimat 2025)

Trotzdem rief die Partei zur Wahl auf und empfahl dabei, AfD, dieBasis, *Freie Wähler*, *Freie Sachsen* oder *Bündnis Deutschland*.

### **Ab jetzt... Volksabstimmung – Politik für die Menschen**

Die 1997 gegründete Kleinstpartei ist unter dem Vorsitz von Helmut Fleck vornehmlich im Rhein-Sieg-Kreis aktiv. Ihr Fokus liegt auf einem Ausbau der direkten Demokratie. Sie positionierte sich selbst als „nationalkonservativ“. Die Partei *Ab jetzt... Volksabstimmung* veröffentlichte weder ein Wahlprogramm, noch trat sie zur Bundestagswahl an.

### **Aufbruch Leverkusen**

Der *Aufbruch Leverkusen* ist eine Leverkusener Initiative rund um Markus Beisicht (ex-Vorsitzender von *pro NRW*). Die Partei kann als Nachfolgeorganisation der nicht mehr existenten Pro-Bewegung bezeichnet werden. Sie macht immer wieder durch Demonstrationen, Kundgebungen, Bürger\*innengespräche und Handzettelaktionen von sich reden. Hier fällt sie mit rassistischer und antimuslimischer Hetze und mit inzwischen vermehrt antisemitischer Hetze auf. Eng verbandelt ist der Aufbruch mit Strukturen der

rechten Putin-Anhänger\*innen wie dem *Aufbruch-Frieden-Souveränität-Gerechtigkeit* (AFSG). Zur Bundestagswahl trat der *Aufbruch Leverkusen* nicht an.

## **Zivilgesellschaft für Demokratie**

Auch in Zukunft braucht es eine starke Zivilgesellschaft. Hetz- und Desinformationskampagnen gilt es entschieden zu bekämpfen und Diskriminierung, die sich im öffentlichen Raum zeigt, entgegenzutreten. Eine Gesellschaft kann bei Verschwörungserzählungen, die einen demokratischen Diskurs verunmöglichen und Antisemitismus reproduzieren, nicht neutral bleiben. Sie kann auch nicht neutral bleiben, wenn aufgrund von antimuslimischem Rassismus Menschen das Wahlrecht abgesprochen wird. Dem Engagement demokratischen Akteur\*innen kommt ein besonderer Stellenwert bei der Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu. Es trägt dazu bei, die Kommunikationsbereitschaft und -fähigkeit, das wechselseitige Verständnis und den Austausch von Argumenten der Bürger\*innen untereinander zu realisieren. Diese Dialogformen haben auch Auswirkungen für das Verhältnis zu extrem rechter und völkisch und können antidemokratischer Agitation den Nährboden entziehen. Zivilgesellschaft und Gemeinwesen fungieren als normative Bezugspunkte in Erhaltung und Beförderung einer demokratischen Kultur und der Abwehr menschenfeindlicher Einflüsse. Sie üben einen besonderen Einfluss auf die Verbreitung von Rassismus, Rechtsextremismus und anderen menschenfeindlichen Orientierungen sowie die Befürwortung demokratischer Prozesse aus.

Die Wirksamkeit von zivilgesellschaftlichen Protesten wurde zuletzt im Rahmen einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin herausgearbeitet. So wirkten sich antirassistische Proteste im Vorfeld von Wahlen im Zusammenhang mit dem Attentat in Hanau und den Correctiv Recherchen jeweils negativ auf die Wahlergebnisse der AfD aus. (vgl. Stephan, Schürmann 2025)

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus unterstützt und aktiviert zivilgesellschaftliches Engagement mit dem Ziel der Stärkung einer menschenrechtsorientierten demokratischen Kultur. Sie steht für einen grundlegenden gesellschaftspolitischen Gegenentwurf für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen.

**[www.mbr-koeln.de](http://www.mbr-koeln.de)**

## Anhang: Ergebnisse Bundestagswahl 2025 im RB Köln

Aachen I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021
AfD	-	- 3,8%	9,7% (13.891)	+ 5,8%
DieBasis	-	- 1,1%	0,1% (187)	- 0,8%
Bündnis Deutschland	1,9 % (2.678)	-	0,2% (231)	-
WerteUnion	-	-	0,0 % (39)	-

Aachen II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021
AfD	-	-7,5%	19,1% (34.578)	+ 11,8 %
DieBasis	-	-1,0	0,2% (378)	- 0,7%
Bündnis Deutschland	-	-	0,1% (192)	-
WerteUnion	-	-	0,1 % (109)	-

Heinsberg	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021
AfD	19,8% (30.788)	-12,2%	20,1% (31.410)	+12,2%
DieBasis	-	-1,1%	0,3% (449)	-0,8%
Bündnis Deutschland	-	-	0,1% (178)	-
WerteUnion	-	-	0,1% (105)	-

Düren	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021
AfD	20,3% (33.137)	+11,8%	20,5% (33.517)	+11,9%
DieBasis	-	-1,0%	0,2% (395)	- 0,8%
Bündnis Deutschland	-	-	0,1% (208)	-
WerteUnion	-	-	0,1% (107)	-

Rhein-Erft Kreis I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021
AfD	16,7% (34.346)	+9,7%	16,7% (34.400)	+9,8%
DieBasis	-	1,1%	0,2% (443)	-0,7%
Bündnis Deutschland	0,6% (1318)	-	0,2% (425)	-
WerteUnion	-	-	0,1% (130)	-

Rhein-Erft Kreis II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021
AfD	18,4% (37.837)	+10,5%	18,4% (37.881)	+ 10,6%
DieBasis	-	- 1,3%	0,3% (595)	-0,9%
Bündnis Deutschland	0,5% (1084)	-	0,2% (476)	-
WerteUnion	-	-	0,1% (135)	-

Köln I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021
AfD	13,2% (20.022)	+6,9%	12,4% (18.853)	+6,4%
DieBasis	-	-1,2%	0,2% (297)	-0,8%
Bündnis Deutschland	-	-	0,1% (181)	-
WerteUnion	-	-	0,0% (50)	-

Köln II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021
AfD	6,0% (12.775)	+3,2%	6,3% (13.444)	+3,4
DieBasis	-	-1,0%	0,1% (237)	-0,8%
Bündnis Deutschland	0,3% (567)	-	0,1 % (181)	-
WerteUnion	-	-	0,0% (54)	-

Köln III	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021
AfD	11,6% (19.459)	+6,4%	11,2% (18.860)	+6,1%
DieBasis	-	-1,2%	0,2% (311)	-0,9%
Bündnis Deutschland	-	-	0,1% (153)	-
WerteUnion	-	-	0,0% (48)	-

Bonn	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021
AfD	8,2% (15.681)	+4,1%	8,9% (17.186)	+4,7%
DieBasis	-	-1,1%	0,2% (338)	-0,8%
Bündnis Deutschland	-	-	0,1% (128)	-
WerteUnion	-	-	0,0% (92)	-

Rhein-Sieg-Kreis I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021	Zweitstimmen	Diff. Zu %-Punkten 2021
AfD	17,5% (34.562)	+10,5%	17,4% (34.457)	+10,1%
DieBasis	-	-1,6%	0,3% (510)	-1,1%
Bündnis Deutschland	-	-	0,1% (270)	-
WerteUnion	-	-	0,1% (146)	-

Rhein-Sieg-Kreis II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021
AfD	14,2 (25.830)	+8,3%	14,3% (26.034)	+8,3
DieBasis	-	1,3%	0,2% (436)	-1,0%
Bündnis Deutschland	-	-	0,1% (205)	-
WerteUnion	-	-	0,1% (129)	-

Oberbergischer Kreis	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021
AfD	21,6% (36.265)	+12%	21,2% (35.721)	+11,6%
DieBasis	-	-1,8%	0,3% (589)	-1,4%
Bündnis Deutschland	-	-	0,2% (302)	-
WerteUnion	-	-	0,1% (180)	-

Rheinisch-Bergischer Kreis	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021
AfD	12,4% (22.757)	+7%	13,3% (24.340)	+7,6
DieBasis	-	-1,4%	0,2% (424)	-1,0%
Bündnis Deutschland	0,5% (884)	-	0,2 (323)	-
WerteUnion	-	-	0,1% (114)	-

Leverkusen – Köln IV	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2021
AfD	15,5% (25.439)	+8,5%	15,5% (25.392)	+8,3%
DieBasis	-	-1,5%	0,2% (364)	-0,9%
Bündnis Deutschland	-	-	0,1% (169)	-
WerteUnion	-	-	0,1% (103)	-

## **Literatur**

- Abasi, Ares (2021): Bundestagswahl Verschwörungspartei „Die Basis“ erhält 768.000 Euro Steuergelder, in: fr-online v. 29.09.2021, <https://www.fr.de/politik/bundestagswahl-2021-die-basis-partei-corona-querdenker-steuergelder-news-91022104.html> (abgerufen am 07.03.2025)
- Abou-Chadi, Tarik (2025): Aus dem Abseits in die Mitte der Demokratie. Die Normalisierung der radikalen Rechten im Bundestag und ihre Konsequenzen, in: Verfassungsblog v. 01.02.2025, <https://verfassungsblog.de/aus-dem-abseits-in-die-mitte-der-demokratie/> (abgerufen am 05.03.2025)
- Baumann, Andreas (2025): AfD-Mann verschickt bedrohliches Video, in: Bonner General-Anzeiger v. 07.03.2025
- Bieder, Laura Emmy (2025): Bündnis Deutschland, in: bpb zur Bundestagswahl 2025 v. 06.02.2025, <https://www.bpb.de/themen/parteien/wer-steht-zur-wahl/bundestagswahl-2025/558939/buendnis-deutschland> (abgerufen am 14.03.2025)
- Bornemann, Sarah (2025): Millionen-Spende aus Österreich. Jetzt sind die umstrittenen AfD-Werbeplakate auch in Köln aufgetaucht, in: ksta.de v. 07.02.2025, <https://www.ksta.de/koeln/afd-werbeplakate-auch-in-koeln-aufgetaucht-958840> (abgerufen am 12.03.2025)
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.) (BMI 2024): Verfassungsschutzbericht 2023, Berlin, S. 114
- Bundesverband Mobile Beratung (2024): Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Inhaltliche und methodische Grundsätze, Dresden
- CDU Deutschlands (2023): Hans-Georg Maaßen soll die CDU verlassen!, v. 30.01.2023, <https://www.home.cdu.de/artikel/hans-georg-maassen-soll-die-cdu-verlassen> (abgerufen am 07.03.2025)
- Cremer, Hendrik (2023): Warum die AfD verboten werden könnte. Empfehlungen an Staat und Politik. Herausgegeben vom Deutschen Institut für Menschenrechte, Berlin
- Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin
- Dinnebier, Laura (2025): Alternative für Deutschland. AfD, in: bpb zur Bundestagswahl 2025 v. 06.02.2025, <https://www.bpb.de/themen/parteien/wer-steht-zur-wahl/bundestagswahl-2025/558919/alternative-fuer-deutschland/> (abgerufen am 19.02.2025)
- Greef, Samuel (2023): Die Neue Mitte, in: bpb zur Landtagswahl in Hessen 2023 v. 07.09.2023, <https://www.bpb.de/themen/parteien/wer-steht-zur-wahl/hessen-2023/539446/die-neue-mitte/> (abgerufen am 07.03.2025)
- Gumbrecht, Babette (2025): Der Einfluss der Migrationsdiskussion auf den AfD-Erfolg bei der Bundestagswahl, in: fr-online v. 02.03.2025, <https://www.fr.de/politik/der-einfluss-der-migrationsdiskussion-auf-den-afd-erfolg-bei-der-bundestagswahl-93596637.html> (abgerufen am 05.03.2025)

Hövermann, Andreas (2023): Das Umfragehoch der AfD - Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel, WSI Report Nr. 92, Düsseldorf

Institut für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre der Universität zu Köln (2024): Extremismus Monitor Thüringen, Köln, <https://extremismusmonitor-thueringen.de/> (abgerufen am 12.09.2024)

Leber, Tina; Mertens, Fabian; Küpper, Beate (2024): Bedrohung der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit, [https://wi-rex.de/wp-content/uploads/2024/09/BEWARE\\_Bedrohung\\_der\\_zivilgesellschaftlichen\\_Demokratiearbeit\\_Kurzbericht\\_20240903.pdf](https://wi-rex.de/wp-content/uploads/2024/09/BEWARE_Bedrohung_der_zivilgesellschaftlichen_Demokratiearbeit_Kurzbericht_20240903.pdf) (abgerufen am 16.09.2024)

Lobby Control (2025): AfD: Verdacht auf Strohmannspende – Aufklärung allein reicht nicht. Pressemitteilung v. 14.03.2025, <https://www.lobbycontrol.de/pressemitteilung/afd-verdacht-auf-strohmannspende-aufklaerung-allein-reicht-nicht-120034/> (abgerufen am 17.03.2025)

Oberberg ist Bunt (2025): Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 – Die extreme Rechte in Oberberg, Februar 2025, <https://www.oberberg-ist-bunt.org/wordpress/auswertung-der-bundestagswahl-2025/> (abgerufen am 12.03.2025)

Odenthal, Normen (2025): Wahlkampf vor allem im Internet: Warum Migranten für die AfD werben, in: zdf heute v. 05.02.2025, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-kandidaten-migrationshintergrund-wahl-100.html> (abgerufen am 10.03.2025)

Pickel, Susanne; Celik, Kazim; Decker, Oliver (2024): Verwarloste Demokratie? Politische Kultur und Unterstützung der Demokratie in Deutschland, in: Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Aylene; Brähler, Elmar (Hg.): Vereint im Ressentiment Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen Leipziger Autoritarismus Studie 2024, Gießen, S. 181-206

Priester, Karin (2012): Wesensmerkmale des Populismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62. Jahrgang 5-6/2012, S. 3-9

Rau, Jan (2025): „Flood the Zone with Shit“ – Elon Musk, die AfD und das Agenda-Setting der radikalen Rechten im Bundestagswahlkampf 2025 v. 26.02.2025, <https://leibniz-hbi.de/elon-musk-die-afd-und-das-agenda-setting-der-radikalen-rechten/> (abgerufen am 12.03.2025)

Ringendahl, Alexandra (2025): AfD übt Druck auf Kölner Schulen aus, Podiumsdiskussionen abzusagen, in: ksta.de v. 14.02.2025, <https://www.ksta.de/koeln/koeln-afd-uebt-druck-auf-schulen-aus-podiumsdiskussionen-abzusagen-963345> (abgerufen am 12.03.2025)

Schmitt, Sabine (2025): „Remigration“: Der Versuch, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben, in: wdr.de v. 29.01.2025, <https://www1.wdr.de/nachrichten/bundestagswahl-2025/remigration-rechte-praegung-sprache-gefahren-polarisierung-100.html> (abgerufen am 05.03.2025)

Stephan, Meret; Schürmann, Lennart (2025): Proteste wirken, in: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung v. 31.01.2025, <https://www.wzb.eu/de/news/proteste-wirken> (abgerufen am 13.03.2025)

Thies, Reiner: Bernd Rummler aus Gummersbach ist Kandidat der AfD, in: Kölnische Rundschau v. 12.02.2025, <https://www.rundschau-online.de/region/oberberg/gummersbach/bernd-rummler-aus-gummersbach-ist-kandidat-der-afd> (abgerufen am 10.03.2025)

Tagesschau.de (2025): AfD-Jugendorganisation löst sich auf, in: tagesschau.de v. 01.02.2025, <https://www.tagesschau.de/inland/junge-alternative-aufloesung-100.html> (abgerufen am 13.03.2025)

Zick, Andreas; Mokros, Niko (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte, in: Diess.; Küper, Beate: Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn, S. 53-89

## **Quellen**

AfD (2025): „Zeit für Deutschland - Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag.“

AfD Bonn (2024). Facebookposting v. 09.12.2024: <https://www.facebook.com/photo/?fbid=985671716924692&set=a.646775024147698> (abgerufen am 12.02.2025)

AfD Bonn (2025): Instagramposting v. 18.02.2025, [https://www.instagram.com/afd\\_kv\\_bonn/reel/DGOSwGbNzn9/](https://www.instagram.com/afd_kv_bonn/reel/DGOSwGbNzn9/) (abgerufen am 14.03.2025)

AfD Fraktion Aachen (2025): Facebookposting v. 11.02.2025, [https://www.facebook.com/share/p/12FRoF3Mc4M/?mibextid=wwXlfr\\_](https://www.facebook.com/share/p/12FRoF3Mc4M/?mibextid=wwXlfr_) (abgerufen am 19.02.2025)

AfD Hückeswagen (2025). Facebookposting v. 20.01.2025, <https://www.facebook.com/photo?fbid=908279958123375&set=a.570476458570395> (abgerufen am 11.03.2025)

AfD Köln Rodenkirchen (2024). Instagramposting v. 20.11.2024, <https://www.instagram.com/p/DCI6C8kIXYF/> (abgerufen am 12.03.2025)

AfD Köln Rodenkirchen (2025): Instagramposting v. 11.02.2025, <https://www.instagram.com/p/DF7qYrll6SV/> (abgerufen am 13.03.2025)

AfD KV Bonn (2024): Instagramposting v. 14.11.2024, [https://www.instagram.com/reel/DCWrq6nNe8i/?utm\\_source=ig\\_web\\_copy\\_link&igsh=MzRIODBiNWFIZA==](https://www.instagram.com/reel/DCWrq6nNe8i/?utm_source=ig_web_copy_link&igsh=MzRIODBiNWFIZA==) (abgerufen am 12.03.2025)

AfD NRW (2025a): Dafür kämpft die AfD! Dr. Anna Rathert (AfD), YouTube-Video v. 11.01.2025. [https://www.youtube.com/watch?v=XQanZ7EKJ0o\\_](https://www.youtube.com/watch?v=XQanZ7EKJ0o_) (abgerufen am 19.02.2025)

AfD NRW (2025b): Facebookposting v. 04.01.2025,  
<https://www.facebook.com/watch/?v=1836477320441170> (abgerufen am 13.03.2025)

AfD Oberberg (2025): Facebookposting v. 17.02.2025,  
<https://www.facebook.com/photo/?fbid=929909665998687&set=a.563575092632148>(abgerufen am 12.03.2025)

AfDwatch Köln (2025):  
[https://cgnmap.fck.afd.mobi/?fbclid=PAZXh0bgNhZW0CMTEAAaZvEaU8yE94NjmG7XgkJrg2sL9WXz1EX-HxOhJhVhLSZ9aPf9OyqDjCCT8\\_aem\\_o385t-qSC5AiEjs36byPUw](https://cgnmap.fck.afd.mobi/?fbclid=PAZXh0bgNhZW0CMTEAAaZvEaU8yE94NjmG7XgkJrg2sL9WXz1EX-HxOhJhVhLSZ9aPf9OyqDjCCT8_aem_o385t-qSC5AiEjs36byPUw)  
(abgerufen am 13.03.2025)

Alternative für Deutschland (afd.de 2025): Website (Startseite), <https://www.afd.de/zeit-fuer-deutschland/> (abgerufen am 05.03.2025)

Bündnis Deutschland (2025): Freiheit wählen, Zukunft gestalten. Wahlprogramm 2025,  
<https://buendnis-deutschland.de/wp-content/uploads/2025/01/btw25-a5-final-einzelseiten-final.pdf> (abgerufen am 14.03.2025)

Boßdorf, Irmhild (2024): Instagramposting v. 11.08.24, [https://www.instagram.com/p/C-iZn5INCvs/?utm\\_source=ig\\_web\\_copy\\_link&igsh=MzRIODBiNWFIZA%3D%3D](https://www.instagram.com/p/C-iZn5INCvs/?utm_source=ig_web_copy_link&igsh=MzRIODBiNWFIZA%3D%3D) (abgerufen am 13.03.2025)

BüSo (o.J.): Kurzprogramm – Dafür steht die BüSo, <https://www.bueso.de/kurzprogramm> (abgerufen am 07.03.2025)

dieBasis (2025): Wahlprogramm Bundestagswahl 2025, <https://diebasis-partei.de/wahlen/programm-2025/> abgerufen am 14.03.2025)

Die Heimat (2025): Bundestagswahl 2025. Der Zirkus ist in der Stadt!, <https://die-heimat.de/bundestagswahl-2025-der-zirkus-ist-in-der-stadt/> (abgerufen am 14.03.2025)

DIE NEUE MITTE (2023): Kurzprogramm, <https://neuemitte.org/wp-content/uploads/2023/06/DIE-NEUE-MITTE-Kurzprogramm-2023-2-11.pdf> (abgerufen am 07.03.2025)

Ebenberg, Tobias (2025): Instagramposting v. 09.01.2025,  
<https://www.instagram.com/p/DEm6NitOaAp/>. (abgerufen am 19.02.2025)

Nachgefragt – Der MSB Podcast - Mythos Demokratieneutralität – Was darf ich als Lehrkraft in der Schule?: Im Gespräch: Ulrich Wehrhöfer, Abteilungsleiter 4, Politische Bildung, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Lehrkräfteaus- und -fortbildung, Individuelle Förderung, Qualitätsanalyse, <https://www.schulministerium.nrw/nachgefragt-der-msb-podcast-mythos-demokratieneutralitaet-was-darf-ich-als-lehrkraft-der-schule> (abgerufen am 17.03.2025)

WerteUnion (o.J.): Wir wählen Freiheit. Parteiprogramm, [https://werteunion.de/wp-content/uploads/2024/11/Parteiprogramm\\_V5.pdf](https://werteunion.de/wp-content/uploads/2024/11/Parteiprogramm_V5.pdf) (abgerufen am 07.03.2025)

Gefördert von



Ministerium für  
Kultur und Wissenschaft  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**